

Leitartikel des
Chefredakteurs



WALTER FAHRNBERGER

über die Präsentation des Niederösterreichischen Gesundheitspakts als Startschuss für einen langen, aber nötigen Prozess.

Ein unumgänglicher Eingriff

Es ist ein Mammut-Projekt, das die drei Parteien der Niederösterreichischen Landesregierung Anfang der Woche offiziell präsentiert haben und das trotz der Einigkeit der ÖVP/FPÖ-Koalition mit (sogar) der SPÖ in den kommenden Monaten noch viel Stoff für Diskussionen bieten wird: Der NÖ Gesundheitspakt ist fertig.

Mehr als ein Jahr lang haben rund 50 Expertinnen und Experten an dem Papier gearbeitet, um die Zukunft des Gesundheitswesens im größten Bundesland Österreichs über das Jahr 2040 hinaus zu sichern. Politisch gesehen ist es positiv zu bewerten, dass dieses „heiße Eisen“ überhaupt angefasst wurde. Denn eigentlich kann die Politik bei diesem Vorhaben nur verlieren. In der Bevölkerung ist das Thema Gesundheit besonders sensibel – jegliche Veränderung, die auf den ersten Blick eine Verschlechterung darstellt, führt schnell zu heftigen Debatten und Protesten.

Aber die Gesundheitsstruktur ist in die Jahre gekommen, eine Neuaufstellung alternativlos. So wie der Bund nicht um eine Reform bei den Pensionen umhinkommen wird, hat das Land seine Hausaufgaben im Gesundheitsbereich zu erledigen. Ausschlaggebend sind zahlreiche Veränderungen in unserer Gesellschaft. Allen voran der demografische Wan-

del, der Niederösterreich als Flächenbundesland noch stärker trifft als viele andere Bundesländer.

So werden Regionen wie das Waldviertel bis zum Jahr 2040 einen noch deutlicheren Bevölkerungsrückgang verzeichnen – der Zentralraum um St. Pölten sowie der Speckgürtel um Wien hingegen wachsen stärker. Die Zahl der über 80-Jährigen verdoppelt sich in den nächsten 15 Jahren. Dann wird jede und jeder Dritte in Niederösterreich über 65 Jahre alt sein.

Begegnen kann man diesen Herausforderungen eben nicht mehr mit 27 Klinikstandorten, die im Land jahrzehntelang unantastbar schienen. Vielmehr braucht es eine bestmögliche, flexible Versorgung im Lichte des Ärzte- und Fachkräftemangels, bei der man zum Beispiel für eine planbare Operation weitere Anfahrstrecken zum Spezial-Krankenhaus in Kauf nimmt.

Auch wenn der Gesundheitspakt 2040 am Montag präsentiert wurde – der Weg bis zur Umsetzung ist weit und wird auch mit einigen Rückschlägen gepflastert sein. Genau dann wird sich zeigen, ob das Band der drei Parteien beim gemeinsamen Plan für die medizinische und pflegerische Versorgung stark genug ist. Denn um politisches Kleingeld zu schlagen, ist unsere Gesundheit sicher nicht zu missbrauchen.

SPITÄLER, NOTÄRZTE UND CO

Was sich mit dem Gesundheitspakt im Land ändert

Neuordnung der Spitalslandschaft und des Notarztsystems soll schon am Donnerstag beschlossen werden. Auch die SPÖ ist an Bord.

VON PHILIPP GRABNER

NÖ Seit im Oktober des Vorjahres ein an sich internes Expertenpapier an die Öffentlichkeit gespült worden war, lief im Land eine teils intensive Debatte über das künftige Gesundheitssystem. Mit dementsprechend großer Spannung war die finale Präsentation des sogenannten „**Gesundheitspaktes 2040+**“ am Montagnachmittag in St. Pölten erwartet worden. Ab März 2024 hatten rund 50 Fachleute an dem Papier gearbeitet. In den Tagen davor waren schon so manche Details durchgesickert – naturgemäß nicht ohne Kritik.

Denn die 80 Seiten umfassenden Empfehlungen des Expertengremiums, die schon morgen, Donnerstag, im Landtag zur Beschlussfassung vorliegen sollen, werden das Gesundheitssystem in Niederösterreich nachhaltig verändern.

Künftig zwei Leitspitäler und ein völliger Neubau

Weitreichende Maßnahmen des Gesundheitspaktes betreffen die Spitäler – und hier insbesondere das Weinviertel. Wie erwartet, soll ein neues **Landesklinikum Weinviertel Süd-West** die aktuell bestehenden Häuser in **Hollabrunn, Korneuburg** und **Stockerau** zusammenfassen. Bis zur Fertigstellung spreche man „mit allen Vorplanungen von zwölf bis 15 Jahren“, rechnete der Vorsitzende des Expertengre-

miums, **Markus Klamminger**, vor. Schließlich solle es jedenfalls das „moderne medizinische Flaggschiff“ der Region bilden, meinte Klamminger.

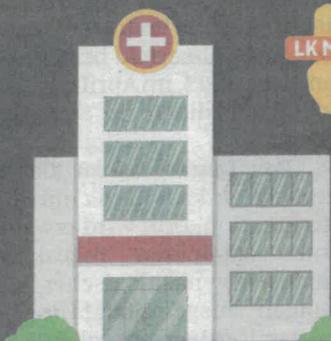
Insgesamt werden die Kliniken künftig in **vier Kategorien** unterteilt. Als „Klinik mit überregionalen Zentralfunktionen“, also eine Art Leitspital, sollen die Universitätsklinik **St. Pölten** und der geplante Neubau in **Wiener Neustadt** dienen. Diese Einrichtung (geplante Fertigstellung: 2040) soll die Bereiche Palliativ und Akut-Pneumologie vom Klinikum **Hohegg** übernehmen. Hinzu kommen Kliniken „mit Grundversorgungsfunktionen“ (etwa in den Bereichen Innere Medizin und Allgemeinchirurgie), jene „mit regionalen Schwerpunktfunktionen“ (beziehungsweise Spezialisierungen) und jene „mit Sonderfunktionen“ – ein solches bleiben etwa die Standorte **Hinterbrühl** (Bezirk Mödling) und **Mauer** (Bezirk Amstetten). Andere Standorte wiederum werden in Primärversorgungseinheiten umgewandelt, etwa **Hollabrunn**.

Statt 32 künftig nur 21 Notarztstandorte in NÖ

Massive Veränderungen bringt der Pakt auch im Bereich der Notarztstandorte. Von aktuell 32 soll die Zahl der **Standorte** auf **21** sinken. 15 davon sollen an ein Klinikum angebunden werden,

NIEDERÖSTERREICHS KÜNFTIGE SPITALSSTRUKTUR

- Klinik mit Grundversorgung
- Klinik mit Sonderfunktionen
- Klinik mit regionalem Schwerpunkt
- Klinik mit überregionalen Zentralfunktionen



Kliniken-Lar-
desrat Lud-
wig Schlerit-
zko (ÖVP).



NÖGUS-Vor-
sitzender ur
Landesrat
Christoph Lu-
sser (FPÖ).
Foto: APA/
H. Fohringer



Landesrat
Sven Hergo-
vich (SPÖ),
interimistische
für Gesund-
heitsagende
zuständig.

was eine Entlastung bei der Personalsituation bringen soll. Aktuell zähle man im Jahr rund 300.000 Einsätze im Rettungsdienst, erläuterte **Christian Fohringer**, Geschäftsführer von Notruf NÖ. In nur 7.000 Fällen (von aktuell rund 30.000 Notarzt-Alarmierungen im Jahr) ergebe sich die Situation, „dass da tatsächlich notärztliche Kompetenz und Expertise notwendig ist“. Künftig werde es **pro politischem Bezirk** jedenfalls einen **Notarztstandort** geben, die medizinische Verantwortung und Organisation liegt bei der LGA.

Parallel dazu soll das **First-Responder-System** ausgebaut werden. Was die **Flugrettung** betrifft, stellte Fohringer in Aussicht, deren Verfügbarkeit zu erweitern. Künftig sollen auch nachts Tau- beziehungsweise Windenrettungen möglich sein.

Fachkräftemangel und Geburtenrate als Gründe

Notwendig sei all das aufgrund des demographischen Wandels, so der Tenor bei der Präsentation. Bis 2040 werde jeder dritte Niederösterreicher über 65 Jahre alt sein, die Zahl der über 85-Jährigen werde sich in den nächsten 25 Jahren mehr als verdoppeln. Abseits dessen ver-

zeichne man bei den Geburten einen Tiefststand, die sogenannten „**Baby-Boomer**“ treten ihre Pension an. Gründe seien auch die steigende **Teilzeitquote** und der **Fachkräftemangel**. Oder, wie es Landesrat **Christoph Lüsser** (FPÖ) formulierte: „Die Bevölkerung wird älter, medizinisches Personal knapper und regionale Unterschiede größer.“ Klar sei, konkretisierte der für die Kliniken zuständige Landesrat **Ludwig Schleritzko** (ÖVP), dass es für alle Beschäftigten der Landesgesundheitsagentur (LGA) eine Jobgarantie gebe.

Nach viel Kritik wird nun auch die SPÖ zustimmen

Im Vorfeld der Präsentation waren nicht nur die Eckpunkte des Papiers mit Spannung erwartet worden, sondern auch die Zusammensetzung des Podiums. Denn nach dem Wechsel der bisherigen Landesrätin **Ulrike Königsberger-Ludwig** in die Bundespolitik leitet interimistisch ihr Parteikollege, SPÖ NÖ-Vorsitzender **Sven Hergovich**, die Gesundheitsagenden – also jener Politiker, der in den vergangenen Monaten regelmäßig gegen einen „**Kahlschlag**“ im Gesundheitssystem gewettert hatte. Am Montag stellte sich Hergovich



Dass die Not-
arztstandort
von 32 auf 2
sinken, sorg-
te bereits an
Wochenende
in vielen Re-
gionen für e-
hebliche Kri-
tik. Notruf N
und die Poli-
tik verteidigen
die Maß-
nahme.
Foto:
Weingartner

nun demonstrativ hinter den Pakt, erklärte dies wortreich mit dem „Finden von Kompromissen“ und ortete „insgesamt einen Fortschritt für Niederösterreich“. In den Verhandlungen hätte die SPÖ entscheidende Verbesserungen erreichen können, so Hergovich, der die garantierte flächendeckende Erst- und Akutversorgung in allen Bezirken als Beispiel anführte. Sein Ja sei daran geknüpft, „dass diese versprochenen Verbesserungen auch tatsächlich kommen“. Er werde das „auf Punkt und Beistrich“ kontrollieren.

Damit dürfte Hergovich schon demnächst beginnen müssen – denn aus dem Pakt

werde nun „ein Plan“, so LGA Vorständin Elisabeth Bräutigam. Manche Maßnahmen werde man wohl noch heuer umsetzen, andere – wie etwa die Fertigstellung des neuen Klinikums im Weinviertel – würde 15 Jahre oder mehr dauern, so Bräutigam bei der Präsentation.

Politisch ist der Fahrplan jedenfalls klar: Bereits am Dienstag (nach Redaktionschluss dieser Ausgabe) soll sich die Landesregierung mit der Papier befassen, morgen, Donnerstag, wird der Landtag darüber debattieren und abstimmen. Ob auch Grüne und NEOS grünes Licht geben werden, stand am Montag noch nicht fest.